

## Newsletter Nr. 4, 21. November 2006

### Inhalt

- [Dienstleistungsrichtlinie nimmt letzte Hürde](#)
- [Mehrsprachigkeit fördern](#)
- [REACH-Paket Schwerpunkt der Dezember-Plenartagung](#)
- [Anhörung der designierten Kommissionsmitglieder aus Bulgarien und Rumänien](#)
- [Irak und künftige Erweiterungsstrategie im Auswärtigen Ausschuss](#)
- [Podiumsdiskussion zum Thema Menschenrechte - Bürgerrechte am 30. November in Wien](#)

### Dienstleistungsrichtlinie nimmt letzte Hürde



Das Europäische Parlament hat soeben die Dienstleistungsrichtlinie in Zweiter und letzter Lesung endgültig verabschiedet. Ziel der Richtlinie ist es, bürokratische Hindernisse zu beseitigen, den Handel mit grenzüberschreitenden Dienstleistungen zu erleichtern und somit den Binnenmarkt für Dienstleistungen zu vollenden. Innerhalb von drei Jahren müssen die Mitgliedstaaten nun die Richtlinie in nationales Recht umsetzen.

[Mehr...](#)

[nach oben](#)

### Mehrsprachigkeit fördern



„Muttersprache+2“ ist das Ziel: Das Europäische Parlament unterstützt die "Rahmenstrategie zur Mehrsprachigkeit" der EU-Kommission. Langfristiges Ziel müsse es sein, die individuellen Sprachkenntnisse zu verbessern: alle Bürgerinnen und Bürger der EU sollten zu ihrer Muttersprache mindestens zwei Fremdsprachen hinzulernen. Eine "regelrechte Politik für das Erlernen von Fremdsprachen" sei nötig.

[Mehr...](#)

[nach oben](#)

## REACH-Paket Schwerpunkt der Dezember-Plenartagung



Nachdem der Umweltausschuss seine Position zur Chemikaliengesetzgebung REACH in Zweiter Lesung angenommen hat, finden derzeit Verhandlungen mit dem Rat hinsichtlich einer Einigung in strittigen Punkten statt. REACH wird einen neuen Umgang mit gefährlichen Chemikalien bringen, die ein Risiko für Mensch und Umwelt bergen, und ist wohl eines der größten Gesetzgebungsvorhaben in der Geschichte der Europäischen Union. Das Paket bildet den Schwerpunkt der für dieses Jahr letzten Plenartagung des Europäischen Parlaments im Dezember in Straßburg.

[Mehr...](#)

[nach oben](#)

## Anhörung der designierten Kommissionsmitglieder aus Bulgarien und Rumänien



Am 1. Januar 2007 werden Bulgarien und Rumänien der Europäischen Union beitreten, so dass sich die Zahl ihrer Mitgliedstaaten auf 27 erhöht. Die Ernennung zweier Staatsangehöriger von Bulgarien und Rumänien zu Mitgliedern der Europäischen Kommission setzt ein wichtiges Zeichen ihrer Integration in die Europäische Union; mit ihr beginnt die uneingeschränkte Teilnahme dieser beiden neuen Mitgliedstaaten am europäischen Entscheidungsprozess. Das Europäische Parlament wird am 27. November 2006 eine Anhörung der designierten Kommissionsmitglieder mit anschließendem offiziellem Zustimmungsvotum durchführen.

[Mehr...](#)

[nach oben](#)

## Irak und künftige Erweiterungsstrategie im Auswärtigen Ausschuss



Der stellvertretende irakische Premierminister, Dr. Barham SALIH (im Bild), wird heute Dienstag mit den Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses des Europaparlaments die politische Lage im Irak diskutieren. Das Land leidet unter einer katastrophalen Sicherheitslage, ein Weg in eine politisch friedliche, sichere und demokratische Zukunft ist derzeit noch nicht absehbar. Weitere wichtige Themen auf der Tagesordnung des Ausschusses: die Beitritte Rumäniens und Bulgariens, die künftige Erweiterungsstrategie der Europäischen Union und eine Aussprache mit dem serbischen Außenminister Vuk Draskovic.

[Mehr...](#)

[nach oben](#)

## Podiumsdiskussion zum Thema Menschenrechte - Bürgerrechte am 30. November in Wien



Das EP-Informationsbüro für Österreich setzt seinen herbstlichen Veranstaltungsschwerpunkt zum Thema Menschenrechte-Bürgerrechte mit einer Podiumsdiskussion am 30. November 2006, um 19.00 Uhr im Festsaal der Urania in Wien fort. Die österreichischen Europa-Abgeordneten Hubert Pirker und Hannes Swoboda diskutieren mit dem Generalsekretär von amnesty international in Österreich, Heinz Patzelt, und mit Manfred Nowak, dem UN-Sonderbeauftragten für Folter vom Ludwig-Boltzmann Institut für Menschenrechte, die Rolle der Europäischen Union bei der Durchsetzung der Menschenrechte in Europa und der Welt.

[Mehr...](#)

[nach oben](#)

Der Newsletter ist ein kostenloser Service des Europäischen Parlaments, Informationsbüro für Österreich. Monatlich informiert er über aktuelle Arbeiten des Europäischen Parlaments und neue Online-Veröffentlichungen auf [www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu) sowie [www.europarl.at](http://www.europarl.at).

**Redaktion und Impressum/Offenlegung gemäß §§ 24,25 MedienG :**

Informationsbüro des Europäischen  
Parlaments für Österreich  
Kärntner Ring 5-7  
1010 Wien  
Telefon: +43/1/516 17-0  
Fax: +43/1/513 25 15  
E-Mail: [epwien@europarl.europa.eu](mailto:epwien@europarl.europa.eu)

